

AKTUELL

LANDESPLANUNG

Not in my backyard

Pia Oppel

Die Reform des Gesetzes zur kommunalen Flächennutzung soll im August dieses Jahres in Kraft treten. Der Mouvement Écologique ist mit der aktuellen Fassung nicht ganz einverstanden.

Der spröde Bürokratenausdruck „Kommunale Flächennutzung“ verbirgt welche Dynamik und Lebensnähe die urbanistische Entwicklung von Gemeinden auszeichnet. Ebenso die komplizierten Prozeduren, die für die allgemeine Flächennutzungsplanung (Plan d'aménagement général, PAG) und Teilbebauungsprojekte (Projet d'aménagement Particulier, PAP) anfallen. Kürzer, schneller, einfacher soll der Planungsprozess daher in Zukunft sein und eine Reform der Gesetzesgrundlage steht an.

Dabei ist das momentan geltende Gesetz erst vor knapp sechs Jahren erneuert worden. Der Staatsrat hatte bereits damals gefordert, ein rundweg neues Gesetz zu erlassen und die drei geltenden Gesetze zur Landesplanung in einem einzelnen Text zu bündeln.

Trotzdem brachte der damalige Innenminister Jean-Marie Halsdorf im März 2009 wiederum nur eine Teilreform auf den Instanzenweg.

Ein Jahr später sind die Stellungnahmen des Staatsrats sowie des Verbands der Luxemburger Gemeinden (Syvicol) eingegangen, und die zuständige Chamberkommission befasst sich seit dem 27. April erneut mit dem Gesetzesentwurf. Der Mouvement nutzte den Anlass und rief am Vortag eine Pressekonferenz ein, bei der Blanche Weber und Jeannot Müller die Gesetzesparagrafen zerpfückten.

Drei grundsätzliche Ziele seien in dem Text bislang unerwähnt geblieben: Der Klimaschutz, die Mobilität und der Nachhaltigkeitsplan. Diese müssten unbedingt in Artikel 1 als leitende Prinzipien der kommunalen Flächennutzung festgeschrieben werden.

Hauptkritikpunkt war, dass sich in den Reformvorschlägen eine inakzeptable staatliche „Arroganz“ gegenüber den Bürgern offenbare. Ein Mitspracherecht bei Bauvorhaben sollen die-

se in Zukunft nur noch haben, wenn sie schriftlich Einspruch erheben und ein „direktes, persönliches und unbestreitbares Interesse“ nachweisen können. „Das rührt“, so Präsidentin Blanche Weber, „von einem antidemokratischen Menschenbild her: Jeder darf sich nur noch für seine ureigenen Interessen einsetzen. Letztlich zwingt man den Bürger damit in die so häufig beklagte „Nimby“-Rolle.“ Damit ist die kleinkarierte Mentalität nach dem Motto „Not in my backyard“ gemeint.

Eine Beteiligung der Menschen, die sich nach Überzeugung des Mouvement durchaus in ihrem Handeln am Allgemeinwohl orientieren, sei eine Grundbedingung für eine nachhaltige Raumplanung. Unterm Strich werde auch Zeit und Geld gespart, denn wenn die Bürger nicht vor vollendete Tatsachen gestellt würden, seien auch weniger Einsprüche zu erwarten. Ein Blick in die Stellungnahme des Syvicol zeigt allerdings, dass die Gemeinden eher weniger als mehr Einmischung von Seiten der Bürger wünschen. Der Staatsrat hatte sich aber im Sinn des Mouvement geäußert und bemängelt, dass die Reform zur Entschlackung der Bürokratie einseitig bei den Etappen ansetze, in denen die Bürger sich einschalten können.

Einen Verbesserungsvorschlag hat der Mouvement für die aufwändigen Vorabstudien, die der „Plan d'aména-

gement général“ erfordert. Die Studie, weichenstellender Faktor in der Entwicklung einer Gemeinde, wird den Bürgern bisher erst nach ihrer Erstellung präsentiert. Konstruktive Vorschläge der Bürger sollten die Gemeinden nach Auffassung des Mouvement schon im Frühstadium der Planung einholen. Im Gegensatz zu seinen anderen Einwänden wurde dieser Punkt bereits im zuständigen Chamberausschuss behandelt. Während Berichterstatter Ali Kaes (CSV) zu dieser ersten Sitzung nicht viel sagen wollte, sprach Camille Gira (Déi Gréng) von einer chaotischen Diskussion. „Es ist unklar, wie das Gesetz mit den Kriterien der Aarhus-Konvention konform sein kann, also die Öffentlichkeit an Entscheidungen bei Umweltangelegenheiten ausreichend beteiligt ist, und die Schöffen trotzdem bei den ersten Entwürfen vor dem Druck von Partikularinteressen, zum Beispiel von Spekulanten, geschützt sind.“

Ohnehin wird nach Ansicht des Mouvement mit der Neuregelung der Bürgerbeteiligung an der falschen Stellschraube gedreht. Für den bürokratischen Stau sei vornehmlich das Innenministerium verantwortlich, das sich mit dem aktuellen Reformvorschlag geschickt an einer überfälligen Reform der eigenen Strukturen vorbeimogele.

GEFÄNGNIS

Menschenrechtskontrollleur

Anina Valle Thiele

Luxemburgs Ombudsmann Marc Fischbach hat ab sofort ein zweites Amt: Er kontrolliert die staatlichen Zwangseinrichtungen. Werden die Rechte von Gefängnisinsassen jetzt besser durchgesetzt?

Sich Klagen anzuhören ist sein Job. Künftig wird Marc Fischbach davon noch mehr abbekommen: In seinem neuen Amt, das formal getrennt von dem des Ombudsmanns bleibt, soll er regelmäßig die Einhaltung der Menschenrechte in Gefängnissen, den Jugendstrafanstalten, dem Abschiebegefängnis auf Findel, sowie in den psychiatrischen Einrichtungen und den Polizeikommissariaten überprüfen und so als „externer Kontrollleur“ über die Rechte von Menschen in Zwangseinrichtungen wachen. Fischbach, ehemals Richter am EU-Ge-

richtshof für Menschenrechte, übt seit 2004 das Amt des Ombudsmannes aus. Als solcher ist er eine Art Bürgerbeamter. Acht Jahre lang wirkt er als „Médiateur“, als unabhängige und neutrale Instanz, die Beschwerden der BürgerInnen über die Funktionsweise von Behörden entgegennimmt. Dabei kann er allerdings nur Empfehlungen aussprechen. Er verfügt über keinerlei Initiativrecht und fällt keine rechtsverbindlichen Entscheidungen. Ein Ombudsmann soll Ansprechpartner, Vermittler, manchmal Mahner sein.

Fischbachs neue Funktion geht zurück auf ein UN-Zusatzprotokoll, das im April von der Abgeordnetenkammer ratifiziert und damit verbindlich wurde. Dieses so genannte „Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende

Behandlungen oder Strafen“ (OPCAT) verpflichtet Luxemburg zur Einführung eines Systems regelmäßiger Besichtigungen an allen Orten, an denen sich Menschen befinden, deren Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist. Auf diese Weise soll Folterungen und anderen unmenschlichen Behandlungen vorgebeugt werden. Zum einen wird ein Präventions-Untersuchungsausschuss, bestehend aus internationalen Experten anderer Unterzeichnerstaaten, Einrichtungen in Luxemburg in Augenschein nehmen. Zum anderen sieht das Protokoll auch eine nationale Überprüfungsinstanz vor. Eben diese Aufgabe wird nun Fischbach übernehmen.

Sein neues Amt will der Ombudsmann nach eigenen Worten zunächst nutzen, um sich ein Bild von der Situation in den luxemburger Haftanstalten wie auch in psychiatrischen Einrichtungen zu machen. Er berichtete von seinen Plänen, regelmäßige, mitunter auch unangekündigte Besuche der Haftanstalten vorzunehmen, wo er auch Gespräche mit den Insassen sowie dort arbeitenden Ärzten führen will. Hauptaufgabe sei es, insbesondere Fälle von Folter und Misshandlungen zu verhindern. Dies allein genüge jedoch nicht. Vielmehr

müssten die Personen, denen die Freiheitsrechte entzogen wurden, ihre grundlegenden Menschenrechte voll ausüben können. Dazu gehöre das Recht auf regelmäßige Besuche der Familie, aber auch die Möglichkeit der Religionsausübung, das Recht auf Bildung, auf gesunde Ernährung und das Recht auf Arbeit, konkretisierte Fischbach. Eine Einschätzung der derzeitigen Situation in Luxemburg gab er leider nicht. Dabei ist die Missachtung dieser grundlegenden Menschenrechte in den Haftanstalten der von der Menschenrechtsliga und anderen luxemburger NGOs aktuell erhobene Vorwurf.

Transparenz sieht Fischbach als wichtige Voraussetzung für das neue Amt. So müsse der Kontrollinstanz eine uneingeschränkte Einsicht in alle relevanten Akten garantiert werden. Unabdingbar ist aber auch ihre Unabhängigkeit. Während der Ombudsmann bisher auf die Klagen der BürgerInnen lediglich reagierte und vermittelnd eingriff, kann er nun als unabhängiger Kontrollleur auf eigene Initiative tätig werden. Einmal im Jahr - beginnend 2011 - wird er einen Jahresbericht mit Empfehlungen vorlegen.